

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Verstärker
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Verlagsstelle
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 129.

Donnerstag, 7. Juni 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Postamtstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Im Saale des Hotels zum „Kronprinz“ hier, sollen
Dienstag, den 12. Juni 1894,
von Vormittag 9 Uhr an

80 Meter Lama, 36 1/2 Meter Hemdenbarthent, 32 Paar Unterhosen, 10 Meter Damast, 3 Jagdwesten, 22 wollne Tücher, 10 Paar Frauenhosen und 1 Sodawasser-Apparat gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.
Riesa, den 5. Juni 1894.

Der Ger.-Vollz. des Königl. Amtsger.
Schr. Gibam.

Nächsten **Spinnabend, den 9. Juni a. c.,**
Vormittag 9 Uhr

sollen in der Hausflur des hiesigen Rathhauses 5 Kleiderschränke, 1 Sekretär, 1 Schrank mit Glasaussatz, 1 Sopha, 4 Regulator, 1 Taschenuhr mit Kette, 1 Drehorgel mit 23 Sild Musikplatten, 2 Deckbetten, 2 Kopfkissen, 1 Jaquet, 1 Paar Hosen und verschiedene andere Sachen gegen sofortige Bezahlung an die Meistbietenden öffentlich versteigert werden.
Riesa, am 6. Juni 1894.

Der Rathsvollzieher.
Wolf.

Gustav-Adolf-Verein.

Die Generalversammlung des Großenhainer Zweigvereins der Gustav-Adolf-Stiftung wird auf

Tagesgeschichte.

Der Berliner und Dresdner Brauereiboykott besteht noch immer und gewinnt eher an Ausdehnung. Während nach einem lateinischen Sprichwort immer, wenn zwei sich streiten, ein Dritter den Vortheil daraus zieht, liegt hier die Sache umgekehrt: am meisten werden bei dem Kampf der Sozialdemokratie gegen die Brauereien die Gastwirthe oder wenigstens ein bestimmter (nicht unbedeutender) Theil derselben geschädigt. Und so kann es denn nicht überraschen, wenn sich diese zu einer Saalperre gegenüber den Sozialdemokraten entschließen. Dies haben denn auch, wie wir schon meldeten, die Berliner Saalbesitzer gethan:

Am Dienstag fand in dem Volkschen Restaurant, Alte Jakobstraße, eine Besprechung von 252 persönlich eingeladenen Saalbesitzern statt, die bis nach 8 Uhr Abends währte. Derselben wohnten auch fünf Herren vom Vorstande des Vereins der Berliner Brauereibesitzer und Direktoren bei. In der Konferenz wurden die seit Jahren laut gewordenen Klagen über den Terrorismus der Sozialdemokraten gegenüber den Saalinhabern vorgebracht. Es herrschte die einstimmige Ansicht, daß es so nicht weiter gehen könne. Ihren Ausdruck fand die Konferenz in der mit allen gegen 3 Stimmen angenommenen Resolution:

„Die am 5. Juni bei Volz, Alte Jakobstraße 75, versammelten Saalbesitzer Berlins und Umgegend, welche durch schriftliche Einladung legitimiert sind, erklären sich solidarisch mit den Maßnahmen des Vereins der Brauereien Berlins und Umgegend und verpflichten sich, bei einer Konventionallstraße von 3000 Mark in jedem einzelnen Falle und Ausscheiden aus dem Ring, ihre Sätze zu keiner sozialistischen und anarchistischen Versammlung herzugeben, falls der Boykott gegen die Brauereien und Gastwirthe nicht bis zum 15. Juni aufgehoben ist oder sich wiederholt. Zur Durchführung dieser Maßregel wird eine Kommission, bestehend aus 9 Herren, ernannt, welche beauftragt ist, die Organisation der Saalbesitzer weitere Schritte zu ergreifen hat. Ferner verpflichtet sich der Vorstand des Vereins der Brauereien von Berlin und Umgegend Namens seiner Brauereien bei einer Konventionallstraße von 10 000 Mark für jeden einzelnen Fall, an keinen Wirth Bier zu liefern, welcher derartige Versammlungen abhalten läßt.“

Die drei gegen diese Resolution stimmenden Saalbesitzer erklärten, daß schon eingegangene Verpflichtungen ihnen nicht gestatten, für die Resolution zu stimmen, daß sie aber nach Lösung dieser Verpflichtungen sofort dem gefassten Beschlusse beitreten werden. Der Besprechung wohnten die hauptsächlich in Betracht kommenden Saalbesitzer Berlins und sämtlicher Vororte, auch aus Charlottenburg und Spandau, bei. Die gewählte Kommission wird nunmehr auch mit verschiedenen nicht amwesend gewesenen Saalbesitzern Rücksprache nehmen, und sie hat die Ueberzeugung, daß sämtliche Saalbesitzer, auch die kleinsten in den Arbeitsvierteln, die ja am

meisten unter dem Druck des Boykotts bezw. unter dem Terrorismus der Sozialdemokraten zu leiden haben, in ihrem eigenen Interesse der „Gegen-Boykottvereinigung“ beitreten werden. — Der sozialdemokratische Stadtverordnete und Gastwirth Jubel dürfte mit seiner Ansprache in Hitzdorf, daß ein Gegenboykott sämtlicher Saalbesitzer Berlins und Umgegend ein „schwerer Schlag“ für die sozialdemokratische Agitation sei, wohl Recht behalten.

Deutsches Reich. Ueber die am Kaiser vollzogene Operation theilt die „Kreuzzeitung“ auf Grund eines zuverlässigen Berichtes der „Nürn. Bzg.“ noch Folgendes mit: „Daß die Operation erst bekannt wurde, als sie schon vollzogen war, hat einen doppelten Grund. Einmal liegt er in dem Umstande, daß das Volk natürlich auch an den kleinsten Vorankommnissen am Hofe des Kaisers Antheil nimmt, der infolge mißverständlicher Gerüchte leicht und ohne Grund zur Sorge und Erregung führen kann. Andererseits war die Operation allerdings eine einigermaßen complicirte, weil der zu entfernende Körper (vulgo Gräßbeutel) auf einem Nero lag, bei dessen Verlegung die Beweglichkeit der betreffenden Gesichtshälfte beeinträchtigt worden wäre. Bergmann hatte dies erkannt, und das genügt, um seiner Meisterhand den rechten Weg zu weisen, so daß die Operation nicht nur vollkommen gelang, sondern in wenig Monaten auch kaum noch eine Narbe an der Wange von dem Geschehenen reden wird.“

Der Großherzog von Baden hielt am Dienstag auf dem Kriegertage des Doszumilitär-Verbandes in Baden-Baden eine Ansprache, in welcher er für den Loos des Verbandsvorsitzenden dankte und dann ausführte: „Ich komme auf die Zeit meines Eintritts in die Armee zu sprechen, weil die Erinnerung daran für die jüngere Generation eine Mahnung enthält. Es war 1842, als ich das Offizierspatent erhielt, und schon wenige Jahre später war Alles zerstört, was vorher geschaffen wurde, weil sich ein Geist kundgab, der sich nicht vereinbaren wollte mit der staatlichen Ordnung. Der Geist der Unterordnung ist absolut nöthig, und da fange ich bei mir an. Man muß sich untergeordnet wissen unter die große Gemeinschaft. Nur wenn man selbstlos ist, vermag man etwas für das Ganze zu leisten.“ Der Großherzog ging dann auf 1870 über und mahnte, die Gefühle, die uns damals zum Siege geführt, zu erhalten. Er beharrte auf dem Worte, daß er einmal gesprochen, trotzdem es vielfach mißverstanden worden sei: „Man müsse den Weg der Ehre gehen.“ Der Großherzog schloß mit einem Hoch auf das Vaterland.

Zum „Militär-Wochenblatt“ sind auch die Personalveränderungen veröffentlicht, welche mit der Umwandlung der bisherigen Schutztruppe für Südwestafrika in eine kaiserliche und mit ihrer Verstärkung zusammenhängen. Aus den Beförderung geht hervor, daß Major von François als Kommandeur bei der Schutztruppe verbleibt. Außer ihm sind 2 Hauptleute, 3 Premierlieutenants, 3 Sekondlieutenants und 2 Assistenzärzte des aktiven Heeres, sowie 1 Premier-

Mittwoch, den 13. Juni d. J. Nachm. 3 Uhr

festgesetzt und im Saale der hiesigen Verkerte zur Primath nach folgender Tagesordnung abgehalten werden: 1. Berichterstattung über die eingegangenen Unterstützungsgeluche. 2. Vortrag der Jahresrechnung auf 1893 und Nichtigprechung derselben. 3. Beschlußfassung über die zu gewährenden Unterstützungen. 4. Wahl eines neuen Verbandsmitgliedes und der Abgeordneten zu den Hauptversammlungen. 5. Verschiedene Mittheilungen.

Zur Theilnahme an dieser Generalversammlung werden alle Mitglieder, Männer und Freunde des Gustav-Adolf-Vereins hiermit herzlich eingeladen.

An alle Geistlichen der Eparchie ergeht zugleich die dringende Bitte, die Sammlungen für die Vereinskasse zu veranstalten und die Erträge derselben bis zum 15. Juli d. J. an den Vereinskassirer, Herrn Bürgermeisterei W Köpke hier, Kronenstraße Nr. 537 G wohnhaft, einzusenden.

Großenhain, den 6. Juni 1894.

Der Zweigverein der evangelischen Gustav-Adolf-Stiftung. daselbst.
D. Paris, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Zwei Paar **Damenstiefel** sind in hiesiger Flur gefunden und anher abgegeben worden. Auf Grund von § 239 des bürgerlichen Gesetzbuchs wird dieser Fund hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Gemeindevorstand Sieba, am 5. Juni 1894.
A. 498.

H. Otto,
Gemeindevorstand.

liutenant und 3 Sekondlieutenants des Beurloutenstandes für die Schutztruppe bestimmt.

Der Hofbericht meldet, daß der Kaiser gestern einen Herrn Schick aus Hamburg empfangen habe, der verschiedene Modelle und Versuche vorgeführt habe. Wir erfahren dazu, daß Herr Konful Otto Schick, Chef der Hamburger Abtheilung des „Bureau Veritas“, dem Kaiser über seine neue Erfindung zur Beseitigung der Vibration der Dampfschiffe einen eingehenden, durch Modelle erläuterten Vortrag gehalten hat. Die Erfindung, die bereits die Anerkennung deutscher und englischer Fachkreise gefunden hat, kann für die Zukunft der Schifffahrt von größter Bedeutung werden. Der Kaiser hat sein bekanntes lebhaftes Interesse für alle maritimen Fortschritte bezeugt, indem er Herrn Schick zu näheren Mittheilungen über dessen Erfindung nach Potsdam beschrieb hat.

Die wegen Mangels an Arbeit kürzlich in größerer Anzahl entlassenen Arbeiter der kaiserlichen Werft zu Kiel hatten sich an das Reichsmarineamt mit der Bitte gewendet, ihre Kündigung rückgängig zu machen und durch eine allgemeine Abkürzung der Arbeitszeit die Möglichkeit für die weitere Beschäftigung aller bisherigen Arbeiter zu schaffen. Dem Vernehmen nach ist dieses Gesuch abschlägig beschieden worden. Die betreffenden Arbeiter werden nunmehr ihr Heil beim Reichskanzler versuchen. Falls sie, wie vorauszusetzen ist, auch bei diesem kein Glück haben sollten, beabsichtigen sie, sich unmittelbar an den Kaiser zu wenden.

Es scheint nicht, daß der Bundesrath noch Neigung hat, vor seiner Vertagung sich über den Reichstagsbeschlus hinsichtlich der Aufhebung des Jesuitengesetzes zu entscheiden. Die Vertagung steht in kürzester Zeit bevor und der Bundesrath hat weder ein Interesse, noch eine Verpflichtung, sich mit besonderer Beschleunigung über den Gegenstand schlüssig zu machen. An die Annahme des Reichstagsbeschlusses ist nach den neulichen Aeußerungen des Königs von Württemberg doch nicht zu denken. Die ultramontan-sozialdemokratische Mehrheit, die jenen Beschlus gefaßt hat, konnte auch wirklich keinen tiefen Eindruck machen.

Oesterreich-Ungarn. Die Lösung der Krise in Ungarn hat bisher noch keine Fortschritte gemacht. Nach einer Privatmeldung der „Post“ hängt die Rückberufung Weterles an die Spitze der ungarischen Regierung nur noch von der Lösung gewisser Personalfragen ab. Weterle will sich von Szilagyi nicht trennen; die Wiederernennung des letzteren zum Justizminister stößt jedoch auf Schwierigkeiten, weil Szilagyi jüngst im Oberhause eine prononcirte Rede gehalten, welche die Krone in die parlamentarische Erörterung gezogen hat. Man hofft indessen, diese Schwierigkeiten zu beseitigen, und vermutet, daß Szilagyi freiwillig zurücktreten werde. Aus der gegenwärtigen Lage glaubt man darauf schließen zu können, daß Kaiser Franz Josef länger, als ursprünglich beabsichtigt war, in Budapest Aufenthalt nehmen wird.

Frankreich. Das seiner Zeit vermerkte Sigaro-